



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
DR. CHRISTOPH RABENSTEIN

Dr. Christoph Rabenstein • Friedrich-Puchta-Str. 22 • 95444 Bayreuth

Abgeordnetenbüro

Friedrich-Puchta-Str. 22
95444 Bayreuth

Telefon (0921) 8 71 02 53

Telefax (0921) 8 71 02 55

e-mail:

buero.mdl.rabenstein@t-online.de

Maximilianeum

81627 München

Telefon (089) 41 26-24 69

Telefax (089) 41 26-14 69

Privat

Monplaisirstr. 5

95448 Bayreuth

Telefon: (0921) 9 92 96

Telefax: (0921) 9 44 26

e-mail:

christoph.rabenstein@t-online.de

22.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

ein erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. Die SPD-Landtagsfraktion konnte 2011 wichtige Themen aufgreifen und Initiativen starten. Ich blicke zurück auf ein Jahr mit spannenden und wichtigen Entscheidungen für Bayern, aber natürlich auch für meine Heimat Oberfranken.

Gerade für meinen Wahlkreis habe ich mich in München stark gemacht und werde das auch in Zukunft als meine Hauptaufgabe sehen.

Zum Jahresende möchte ich Ihnen meine wichtigsten parlamentarischen und politischen Themen und Arbeiten zusammenstellen und als Überblick über das Jahr 2011 zur Verfügung stellen.

Ich freue mich auf das kommende Jahr 2012, wo wir wichtige Weichen stellen werden für eine sozialdemokratische Regierungsübernahme in Bayern mit Christian Ude.

Folgende Themen haben mich schwerpunktmäßig in diesem Jahr beschäftigt:

- **Der Skandal um die BayernLB**
- **Modellregion demographischer Wandel**
- **Studiengebühren NEIN DANKE!**
- **Überarbeitung der Promotionsordnungen in Bayern**
- **NPD-Verbot und Kampf gegen Rechts!**
- **Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern**
- **Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit**

▪ Der Skandal um die BayernLB

Es war der mit Abstand größte Kauf in der Geschichte der bayerischen Landesbank und zugleich Auslöser ihres größten Skandals: Insgesamt **3,7 Milliarden Euro** investierte die BayernLB in die ohnehin bereits angeschlagene Hypo Group Alpe Adria. Was als Traum von der großen Expansion in die Welt der "Global Player" begann, endete als Desaster: Für einen einzigen symbolischen Euro gab der bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon das marode Finanzinstitut letztlich zurück.

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Thema BayernLB im Landtag immer wieder thematisiert, entscheidende Impulse für die Aufklärung im Untersuchungsausschuss gesetzt und wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. An den Folgen wird Bayern noch viele Jahre zu leiden haben. So könnten rein rechnerisch an Bayerns Schulen mit dem Geld 5.000 zusätzliche Lehrer 10 Jahre lang bezahlt werden. Mit dem Geld hätten 20.000 Kilometer Staatsstraßen saniert werden können, für welche in den letzten Jahren immer weniger Geld zur Verfügung gestellt worden ist – insgesamt besitzt der Freistaat nur 13.000 Kilometer Staatsstraßen.

Ich verfolgte die Vorgänge um die BayernLB seit Bekanntwerden 2009 und entschloss mich dann, ein Buch über die Zusammenhänge zu schreiben.

Vor allem weil mich die Tatsache, dass hier im politischen Bereich ein Skandal zum Vorschein gekommen ist, der die Dimension all dessen, was bisher da gewesen ist, allein schon vom Volumen her sprengt, sehr beschäftigt hat. Es handelt sich dabei um eine finanzielle Größenordnung, die kaum vorstellbar ist.

Auch wollte ich einen Beitrag leisten, dass die Bevölkerung sich ausreichend über diesen Fall informieren kann. Denn es trifft den Bürger ja auch als Steuerzahler nicht unerheblich. Immerhin hat dieser Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) den bayerischen Steuerzahler **3,7 Milliarden Euro** gekostet. Jeder soll die Möglichkeit haben nachzulesen, wohin das Geld geflossen ist. Die meisten werden schon das eine oder andere Detail aus der Zeitung oder dem Fernsehen kennen, aber eine Gesamtdarstellung hat bislang gefehlt.

Weiterführende Links:

<http://www.landesbankskandal.de/>

▪ **Modellregion demographischer Wandel**

Das Thema demographischer Wandel beschäftigt mich schon seit vielen Jahren. Wir hier in Oberfranken sind vom negativen demographischen Wandel stark betroffen und ich möchte mich als Sprachrohr in München für meine Heimat stark machen.

Anfang 2010 erschien die Studie "Oberfranken, quo vadis?", die ich in Kooperation mit der Universität Bayreuth erstellt habe. Die Zukunftsprognosen für unsere Region sind alles andere als rosig. Ende 2010 stellte ich einen umfassenden Antrag im Landtag, dass Oberfranken als "demographische Modellregion" etabliert werden soll.

Nach langen Debatten im Landtag wurde mein Antrag in einer geänderten Fassung einstimmig angenommen. Es gibt nun in jedem Bezirk einen Beispiellandkreis, der als Modellregion demographische Herausforderung besonders auf Hilfe durch die Staatsregierung zurückgreifen kann.

Folgende Schwerpunkte wurden im Antrag gesetzt:

1. Stärkung der Kommunen durch nachhaltig greifende Förderprogramme sowie Anpassung des Finanzausgleichssystems.
2. Abbau des immer noch bestehenden Fördergefälles zu den neuen Bundesländern und der Tschechischen Republik.
3. Erprobung von Konzepten zur Förderung der Zuwanderung von Fachkräften und Auszubildenden.
4. Förderung und Entwicklung von kommunalen Schulentwicklungskonzepten sowie von Kinderbetreuungseinrichtungen in strukturschwachen Gebieten.
5. Stärkung und Ausbau der oberfränkischen Hochschulen, Berufsschulen und Berufsfachschulen.
6. Schaffung zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auch durch Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen
7. Ausbau der erneuerbaren Energien als Programm zur Wirtschaftsförderung und zur strategischen Regionalisierung von Wertschöpfung.
8. Unterstützung von Ausbildungsschwerpunkten im Gesundheits-, Reha- und Wellness- und Tourismusbereich.
9. Gezielte Förderung der Touristikbranche durch eine Initiative zur Qualitätsverbesserung bei Service und Angebot und die Professionalisierung und Bündelung der Vermarktung.
10. Förderung und Verbesserung der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Ausbau des ÖPNV und Unterstützung des Verkehrsprojektes „Franken-Sachsen-Magistrale“.
11. Entwicklung und Erprobung einer Strategie zur Erhaltung der flächendeckenden, ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.
12. Ausbau einer schnellen Internetverbindung für alle Städte und Gemeinden.

Nachdem der Antrag einstimmig im Parlament beschlossen wurde, besteht meine Aufgabe darin, in Kontakt mit den Beispiellandkreisen die Umsetzungen des Antrages zu beobachten und gegebenenfalls parlamentarisch zu intervenieren, denn Papier ist geduldig.

▪ **Studiengebühren NEIN DANKE!**

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich seit vielen Jahren gegen Studiengebühren ausgesprochen. Als Hochschulpolitiker meiner Fraktion war der Einsatz gegen Studiengebühren für mich schon immer ein wichtiges Anliegen, denn:

Studiengebühren sind unsozial.

In Deutschland entscheiden immer noch die soziale Herkunft und der Geldbeutel der Eltern darüber, wer ein Hochschulstudium aufnimmt. Studienbeiträge erhöhen die ohnehin schon bestehenden sozialen Barrieren im Bildungssystem.

Wer sein Studium nicht mit Nebenjobs, BAföG oder elterlicher Unterstützung bestreiten kann, der verzichtet oft ganz auf ein Studium. Es sind vor allem Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, die sich aus finanziellen Gründen gegen die Hochschule entscheiden. Geldknappheit ist auch ein häufiger Grund für einen Studienabbruch.

Bildungschancen sind Lebenschancen, erst recht in einer Arbeitswelt, die auf immer bessere Ausbildungen und höhere Qualifikationen angewiesen ist. Deshalb fordert nicht nur die Wirtschaft, dass die Akademikerzahl ansteigt.

Ziel der bayerischen Hochschulpolitik muss sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen.

Deswegen haben wir im Sommer eine Massenpetition initiiert. Die Unterzeichnenden fordern den Bayerischen Landtag auf, die Studienbeiträge für ein Hochschulstudium abzuschaffen. Bis 1. Februar können alle Bürger diese Massenpetition unterzeichnen. In Bayreuth haben wir schon ca. 1000 Unterschriften gesammelt und hoffen, dass noch viele weitere Menschen ihre Unterschrift geben.

Die Finanzierung von Hochschulen und die Vermittlung von Bildung und Wissenschaft an Schulen und Hochschulen sind Aufgaben des Staates. Der Freistaat Bayern darf sich nicht länger aus seiner Verantwortung stellen, die Hochschulen im Land angemessen auszustatten und die finanziellen Voraussetzungen für eine gute Lehre zu schaffen.

Bayern muss aus den Studiengebühren aussteigen! Und wenn die SPD 2013 mit Christian Ude in Bayern regiert, werden wir diesen Missstand sofort beheben!

▪ **Überarbeitung der Promotionsordnungen in Bayern**

Nach der Plagiatsaffäre um die Doktorarbeit von Karl-Theodor zu Guttenberg, habe ich mir die Promotionsordnungen der bayerischen Universitäten einmal genauer angesehen. So fand sich in einigen Promotionsordnungen tatsächlich noch ein Verweis auf ein Nazigesetz aus dem Jahr 1939.

Damals wurde unliebsamen Gegnern des Hitler-Regimes die Doktorwürde aberkannt, um sie ihrer Existenz zu berauben.

Aufgrund dieser Informationen habe ich die bayerische Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass beim Begriff der "Unwürdigkeit" in den Promotionsordnungen einiger Fakultäten an bayerischen Universitäten nicht mehr auf das „Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939“ verwiesen wird.

In einem zweiten Antrag hab ich ebenfalls Änderungen in den Promotionsordnungen gefordert, um Betrug bei Dissertationen vorzubeugen. So sollen folgende Punkte geändert werden:

- Die Dissertationen müssen grundsätzlich in elektronischer Form vorliegen.
- Doktoranden müssen bei Abgabe der Dissertation eine eidesstattliche Erklärung abgeben; eine ehrenwörtliche Erklärung genügt nicht.
- Es muss in den Promotionsordnungen klar definiert werden, was wissenschaftliches Fehlverhalten und vorsätzliche Täuschung im Einzelfall bedeutet.
- Bei Voraussetzung auf Zulassung zur Promotion muss in der Hinsicht Transparenz bestehen, dass nicht allein durch die Befürwortung von Lehrpersonal eine Promotion zugelassen wird.

Ich bin überzeugt, dass sich dieser Skandal hätte vermeiden lassen, wenn die Promotionsordnung der Bayreuther Universität nicht diese Mängel gehabt hätte. Mittlerweile haben wir die Nachricht erhalten, dass die Juristische Fakultät in Bayreuth ihre Promotionsordnung im Herbst überarbeitet hat.

▪ **NPD-Verbot und Kampf gegen Rechts!**

Unter meiner Federführung wurde ein Antrag auf den Weg gebracht, der ein erneutes Verbot der NPD fordert. Das Parlament hat dann beschlossen, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, im Bundesrat eine Initiative zu ergreifen und die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD durch das Bundesverfassungsgericht zu erwirken, sobald die rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten hinreichende Erfolgsaussichten erwarten lassen. Das bedeutet, sobald die Mehrheit der Länder im Bundesrat für ein NPD-Verbot ist, muss Bayern aktiv werden.

In regelmäßigen Abständen kommt es zu Aussagen von NPD-Kadern, die deutlich machen, dass diese Partei demokratische Werte ablehnt und sogar bereit ist, aggressiv gegen unsere Grundwerte zu kämpfen. Immer wieder taucht der Parteiename im Umfeld gewaltbereiter Neonazi-Gruppierungen auf und die NPD fungiert als Gelenkstelle für formelle Anmeldungen von Festen, Demonstrationen und Tagungen, die eindeutig im rechtsextremen, zum Teil auch im gewaltbereiten und militanten Spektrum angesiedelt sind.

Auch kann die NPD durch ihren Parteienstatus Immobilien erwerben und für Parteizwecke wie Schulungs- und Tageszentren ausbauen. In ganz Deutschland, so auch in Oberfranken, in Warmensteinach, versucht die NPD, immer begleitet von massiven Protesten der Kommunen und der Bevölkerung, sich standorttechnisch zu etablieren.

Verschiedene Möglichkeiten der Partei-, Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit würden durch ein Verbot wegfallen und maßgeblich erschwert bzw. finanziell unmöglich gemacht werden. Solange die NPD als gleichberechtigte Partei auf Gelder zurückgreifen kann, die von Demokraten gezahlt werden, kann sie ihre rechtsextreme Gesinnung und Propaganda unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit weiter betreiben.

Ein NPD-Verbot ist jedoch kein Allheilmittel, man muss Neonazismus und Rechtsextremismus mit allen Mitteln bekämpfen und zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen dringend gesicherte Unterstützung ihrer Arbeit.

Ich halte ein Verbot der NPD für sinnvoll, besonders jetzt vor dem Hintergrund der Amtsübernahme Holger Apfels als neuer Vorsitzender der NPD.

Bei den Morden der Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrundes sind es jedoch Fehler und Versäumnisse des Verfassungsschutzes und der Behörden gewesen, die diese abscheulichen Taten so lange unentdeckt bleiben ließen. Dieses Versagen gilt es aufzudecken und dafür zu sorgen, dass man in Zukunft mit mehr Vorsicht und Fingerspitzengefühl vorgeht, damit rechtsterroristische Taten nicht mehr passieren.“ so Rabenstein abschließend.

▪ Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Im Sommer 2011 kam es zu einem äußerst unerfreulichen Skandal um die Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (BLZ). Als Mitglied im Beirat der BLZ war ich natürlich mit an vorderster Stelle, als die Aufklärung dieser Affäre begann.

Der Oberste Rechnungshof (ORH) rügte die BLZ in einem Bericht. So hatte die BLZ mehrfach gravierend gegen staatliches Haushaltsrecht verstoßen und die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung verletzt. Es wurden schwarze Kassen geführt und massiv gegen Vergaberichtlinien verstoßen. Besonders schwerwiegend sind Insidergeschäfte.

Die BLZ gehört zum Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der auf eigenen Wunsch seines Amtes enthobene Leiter, Dr. März, handelte laut Verordnung auf besondere Weisung des zuständigen Staatsministers.

Unter ihm kam es zu den skandalösen Vorgängen bei der BLZ, die der Bayerische Oberste Rechnungshof aufgelistet hat und die nun nach enormem Druck durch die SPD bekannt wurden.

Zu Jahresbeginn 2011 wollte man die aufgedeckten Vorfälle noch verharmlosen und vertuschen. Dabei wurde der Parlamentarische Beirat unzulänglich informiert und die Abgeordneten konnten so ihr Kontrollrecht kaum ausüben.

Erst durch hartnäckiges Nachfragen der SPD kamen die Skandale an die Öffentlichkeit.

So hat Dr. März sein eigenes Buch für über 20.000 Euro durch die BLZ ankaufen lassen.

Auch die Zuwendungspraxis ist sehr umstritten. Allein von 2005-2007 wurden über 100.000 Euro ohne nähere Überprüfung gezahlt.

All diese Verstöße wären vermeidbar gewesen, hätte das Ministerium seine Aufsichtspflicht ernst genommen.

Eine wirkliche Kontrolle durch das Parlament könnte hier Vetternwirtschaft entgegen wirken. Daher ist durchaus vorstellbar, dass die BLZ – ähnlich wie in Schleswig-Holstein - beim Landtag angesiedelt wird.

Ich setze mich mit Anträgen für eine Neustrukturierung der BLZ ein und habe eine Reihe von Anfragen an den Landtag gestartet, um zu einer lückenlosen Aufklärung beizutragen. Es ist unverantwortlich, wie die Bayerische Staatsregierung mit Steuergeldern umgeht.

▪ **Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern**

Anfang Dezember haben wir im Landtag auf meine Initiative hin einen Gesetzentwurf eingebracht, um die bayerische Verfassung weiterentwickeln. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger und gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen.

Seit längerer Zeit ist zu beobachten, dass die Ballungszentren einen Zuwachs verzeichnen, während andere Regionen zum Teil dramatische Verluste durch Abwanderung hinnehmen müssen.

Betroffen davon sind ländliche Gebiete, insbesondere in den Regierungsbezirken Oberfranken und Teilen Unterfrankens und der Oberpfalz.

Meine Forderung ist es, den Artikel 3 der Verfassung des Freistaates Bayern durch den Satz "Der Staat sorgt für gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen." zu erweitern.

In der Begründung des Gesetzentwurfes wird ausgeführt, dass "die ungleiche Entwicklung zwischen den Landesteilen durch den demographischen Wandel noch verschärft wird. Nach der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2030 wird es insbesondere in Nordostbayern, aber auch in anderen ländlichen Regionen immer weniger junge und immer mehr alte Menschen geben und wird die Wanderungsbewegung der jungen, gut ausgebildeten Generation hin zu den Ballungszentren anhalten, so dass die Bevölkerung in den entfernt gelegenen Landesteilen veraltet und stark abnimmt. Die Folge hiervon ist, dass auch Betriebe und Unternehmen in Ermangelung von ortsansässigen Fachkräften und Absatzmöglichkeiten abwandern, was wiederum zum Verlust von Arbeitsplätzen und einem Rückgang der Attraktivität dieser Landesteile führt.

Der Zuzug vieler, insbesondere junger Menschen in die Ballungsräume schafft auch dort Probleme, insbesondere bei der Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums und beim Ausbau der benötigten Infrastruktur, von Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum öffentlichen Personennahverkehr."

Auch die einzelnen Maßnahmen zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen werden im Gesetzentwurf angesprochen:

"Hierzu gehören neben einer stärkeren Ausrichtung des Finanzausgleichssystems zwischen dem Freistaat und den Gemeinden an den Bedürfnissen der benachteiligten Gebiete u.a. eine gezielte Regional- und Strukturpolitik sowie Wirtschaftsförderungs- und Industrieansiedlungspolitik, der Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, die Sicherung eines breitgefächerten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsplätzen und Hochschulen und die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Bei allen Maßnahmen ist Wert darauf zu legen, dass „gesunde“ Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die weder dem Einzelnen, noch der Gesellschaft und der Umwelt Schaden zufügen."

Ich verspreche mir von dieser Verfassungsänderung vor allem, dass es leichter wird, strukturpolitische Fehler zu verhindern und natürlich hoffe ich darauf, dass die benachteiligten Regionen wie Ostoberfranken davon profitieren werden.

Ausblick auf das kommende Jahr 2012:

- **Rechtsextremismus:** Als Sprecher für den Bereich Rechtsextremismus werde ich im kommenden Jahr in meinem Wahlkreis ein Seminar zur Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Rechts durchführen, da wir hier in Oberfranken einen Schwerpunkt rechtsextremistischer Tendenzen und Organisationen haben.
- **Demographie:** Fortschreibung der Studie "Oberfranken, quo vadis?"
Überprüfung des Antrages "Modellregion demographischer Wandel", ob die Staatsregierung ihren Worten auch Taten folgen lässt. Ich werde betroffene Modellregionen abfragen und deren Antworten publik machen
- **Verkehrspolitik:** Franken-Sachsen-Magistrale: die Region hat nicht genügend Druck gemacht, so kam es, dass die FSM nicht mehr in Regierungserklärung von Staatsminister Zeil genannt wurde.
TEN-Projekt: europäische Fördermittel werden 2012 festgelegt, die FSM steht mit im Plan, ich werde mich dafür einsetzen, dass Druck auch auf europäischer Ebene gemacht wird.
- **Studiengebühren:** im Februar wird unsere Massenpetition gegen Studiengebühren verabschiedet, ich werde für die Studenten einen Bus nach München organisieren.
- **Christian Ude:** Der Münchner Oberbürgermeister und Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 2013 kommt im September nach Bayreuth auf die Kreuzer Kerwa

Impressum

Herausgeber

Dr. Christoph Rabenstein, MdL

Redaktion: Tina Krause, M.A.

SPD-Abgeordnetenbüro

Friedrich-Puchta-Str. 22

95444 Bayreuth